



Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen

Bodo Ramelow: Es geht um vielmehr als nur um die „Causa Zimmermann“

Mit Verweis auf seine am 29. Juli an die Landesregierung eingereichten Kleinen Anfragen zum Abgeordneten-, Beamten- und Ministerrecht in Thüringen erklärte Bodo Ramelow, dass es „um viel mehr als nur um die Causa Zimmermann“ (die Versetzung von Thüringens in die Wirtschaft gewechseltem Ex-Regierungssprecher Peter Zimmermann in den einstweiligen Ruhestand) gehe. Daher wolle er detaillierte Antworten zu den Strukturen und Regelungen, die solche schwer nachvollziehbaren Konstellationen ermöglichen und die in ihren Wirkungen für den Steuerzahler immer teurer werden.

Es gehe aber auch um weitere Mitglieder der Landesregierung und Landtagsabgeordnete, die davon bis heute unbeanstandet profitierten, so Bodo Ramelow. Der Fraktionsvorsitzende verwies auf die Forderung der LINKEN, das gesamte Beamtenrecht bzw. Beamtenversorgungssystem mit dem allgemeinen Arbeits- und Sozialrecht zusammenzuführen und damit Überversorgungen wie vormals im Fall Althaus und nun Zimmermann abzuschaffen.

„Damit könnten solche Fallstricke der beamtenrechtlichen Nachversorgung schon im Entstehen vermieden werden.“ Zudem gäbe es bei einer modernen Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, diese Probleme nicht, so Ramelow weiter. Die Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer würde sowieso

eine einheitliche Sozial- und Rentenversicherung begrüßen, ist sich Bodo Ramelow angesichts dieser Sommerdebatte sicher.

Es müsse neben dem regierungsinernen Sommertheater jedoch umgehend Konsequenzen aus der öffentlichen Diskussion geben. Diese wären sofort möglich über eine einhundertprozentige Verrechnungsklausel für alle laufenden beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge von Ruhestandsbeamten, die noch nicht in den Alters- oder Invaliditätsruhestand wechseln.

Eine solche Klausel, „wie es sie anderswo schon längst gibt, gehört nach unserer Auffassung umgehend ins Thüringer Ministergesetz, das Abgeordnetengesetz und in das gültige Thüringer Beamtenrecht“, verlangte der LINKE Politiker. „Denn wer Abgeordneter ist und zugleich im ministeriellen Glashauss sitzt – zudem vielleicht auch noch Staatssekretär auf Bundesebene war –, sollte über seine Steine nachdenken, bevor er zu werfen anfängt“, sagte Bodo Ramelow.

Er verwies abschließend darauf, dass es „immerhin auch die SPD war, die nur sehr zögerlich nach dem Versorgungsfall Althaus im Landtag bereit war, das Ministergesetz zu ändern, und hier entstand bei uns der Eindruck, dass die eigenen unverfallbaren Ansprüche der neuen Minister mehr das Tempo des Handelns bestimmten. Statt individualisiert einen Einzelvorgang zu skandalisieren, sollte ein skandalöses System, das zu Überversor-

gungen führt, grundlegend reformiert werden“, betonte der Landespolitiker.

Der Landesvorsitzende der LINKEN, MdL Knut Korschewsky, hatte ebenfalls eine generelle Änderung der Gesetzespraxis gefordert. Bei aller Verantwortung des Landes gegenüber ausscheidenden Ministern und Staatssekretären seien die bestehenden Regelungen gemessen an der Notwendigkeit doch deutlich zu üppig bemessen. Vor allem seien laufende Dotierungen neben dem Haupterwerbseinkommen aber durch nichts gerechtfertigt. Man rede hier von Geld des Steuerzahlers und damit müsse man verantwortungsvoll umgehen.

Angesichts des „Staatssekretärs-Falls“ erinnerte Knut Korschewsky an den aktuellen Gesetzentwurf der LINKEN im Landtag zum Umgang mit Nebentätigkeiten. Danach soll für ausgeschiedene Amtsinhaber eine Karenzzeit vor der Übernahme neuer Funktionen in der freien Wirtschaft eingeführt werden.

„Offenbar liegen wir mit unserem Vorstoß, bei der Reform des Ministergesetzes eine Karenzzeit einzuführen – und das nicht nur für Minister, sondern auch für Staatssekretäre – absolut richtig. Im weitesten Sinne kommen wir auch an einer Änderung der Landesverfassung nicht vorbei: hier müssen Staatssekretäre dem Rang eines Ministers gleich gestellt werden. So habe ich es bereits im letzten Plenum betont“, so der LINKE-Politiker abschließend. ■

KOMMENTIERT:

von Martina Renner

Nach dem Gau

In seinem Positionspapier „Ideologie statt Aufklärung – trotz NSU bleibt der Verfassungsschutz auf dem rechten Auge blind“ hat Matthias Machnig in allen Punkten seiner Kritik den Nagel auf den Kopf getroffen. Ja, der Verfassungsschutz ist bedingt durch sein ideologisches Gerüst, das aus den Zeiten der Blockkonfrontation stammt und keinen republikanischen Staatsbegriff kennt, unfähig die tatsächlichen Gefahren durch den Neonazismus für die Unversehrtheit aller hier lebenden Menschen, aber auch für die Demokratie, adäquat zu erkennen, noch entsprechende Handlungsempfehlungen zu geben. Er ist weder quantitativ noch qualitativ in der Lage, die aktuelle Entwicklung der extremen Rechten von der Einstellungsebene, über die Kommunikation bis zur Handlungs- und Organisationsebene zu reflektieren. Hier steht die Extremismuskritik im Weg bzw. fehlt das wissenschaftlich-methodische Wissen der Beamten im Apparat.

Die Einschätzung von Matthias Machnig teilend, fragt die LINKE nun die SPD an, inwieweit sie sich in den nächsten Plenarsitzungen gemeinsam mit der LINKEN und Teilen von Bündnis 90/Die Grünen dafür stark machen wird, dass das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz mit sofortiger Wirkung nicht länger Kooperationspartner, Berater, bzw. Teil von Beiräten im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sein kann, da bürgerschaftliches Engagement die Zusammenarbeit mit einer demokratiegefährdenden Institution von vornherein ausschließt.

Zentraler Punkt aber sind die sogenannten V-Leute, der Einsatz von kriminellen Neonazis im Sold des Staates. Wo die Linie zwischen Staat und denen, die Demokratie und Menschenrechte abschaffen wollen, verschwimmt, wo Neonazi-Strukturen aufgebaut, finanziert und ausgestattet werden, wo Neonazis vor Strafverfolgung geschützt und Polizei sabotiert wird, da muss es heißen: Nach dem Gau kommt das Abschalten! Die LINKE fordert die SPD zu einem Moratorium beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, insbesondere dem Führen von V-Leuten auf. Ein derartiges Moratorium sei auch notwendig für eine offene und differenzierte Debatte zur Zukunft einer Landesbehörde zum tatsächlichen Schutz der Verfassung und der Grund- und Menschenrechte in Thüringen. ■

AKTUELL

Aussteigerprogramm solide sichern

Das Sozialministerium wird den „Thüringer Beratungsdienst – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt“ des drudel 11 e.V. aus Mitteln des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit bis zum Jahresende finanzieren, das hatte kürzlich Ministerin Heike Taubert bei einer Pressekonferenz erklärt.

Dazu sagte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linkenfraktion im Thüringer Landtag: „Der Schritt des Sozialministeriums, den Erhalt des Aussteigerprogramms unabhängig von einer Kofinanzierung durch den Bund für das Jahr 2013 zu sichern, ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Arbeit mit Menschen, die sich aus der rechten Szene lösen

wollen, und deren Angehörigen, ist ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit neonazistischem Gedankengut und bedarf der staatlichen Unterstützung und Förderung.

Dabei muss aber auch darauf geachtet werden, diese Aussteigerprogramme in die Hände ausgebildeter und fachlich kompetenter Einrichtungen zu legen, die jenseits politischer Einflüsse agieren können. Staatliche Ausstiegsprogramme, etwa durch Landesämter für Verfassungsschutz oder die Polizei, haben diese Voraussetzung nicht und sind entsprechend kein Ersatz für Programme, wie den Thüringer Beratungsdienst.

Jedoch darf aber die Förderung aus dem Landesprogramm für Demokratie,

Toleranz und Weltoffenheit nicht zu Lasten anderer Projekte zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Neonazismus gehen. Neonazis den Ausstieg zu ermöglichen, ist das eine, eine breite und zielgerichtete Präventionsarbeit zu machen und demokratische Strukturen zu stärken, kann das aber nicht ersetzen.

Mit einer Förderung bis zum Jahresende ist eine fortdauernde und kontinuierliche Arbeit im Übrigen nicht gewährleistet. Wenn Frau Taubert ihre Ankündigung, man wolle weg von kurzfristigen, nicht dauerhaften Finanzierungsmodellen, umsetzen will, muss die Finanzierung des Aussteigerprogramms schleunigst auf eine solide und langfristige Grundlage gestellt werden.“ ■